

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Dezember 2018

Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	1
EU-Kommission: Vierteljahresbericht über Beschäftigung und soziale Entwicklung in Europa	1
EU-Kommission: Projektauftrag im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps	1
EU-Parlament: Kindergarantie in Entwurf zum Europäischen Sozialfonds Plus aufgenommen	1
EU-Parlament: Entschließung zur Rolle des Deutschen Jugendamtes bei grenzüberschreitenden Familienstreitigkeiten	1
Reform der Richtlinie für audiovisuelle Medien tritt in Kraft	2
Rat der Europäischen Union: Beschluss zur Europäischen Arbeitsbehörde (ELA).....	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	2
Schweiz: Bericht zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention	2
Österreich: Neue Regelung von Steuerbegünstigungen für Familien mit Kindern tritt.....	2
Deutschland: Defizite bei sozialen Grundrechten laut UN-Wirtschafts- und Sozialrat	3
Polen: UN-Arbeitsgruppe gegen die Diskriminierung von Frauen sieht Frauenrechte gefährdet.....	3
Weitere Nachrichten	3
COFACE Families Europe veröffentlicht Positionspapier zum Work-Life-Balance-Paket der EU-Kommission.....	3
Verbände-Aufruf zur Priorisierung von Geschlechtergerechtigkeit an den Europäischen Rat.....	3
Europarat veröffentlicht Handbuch zu den Rechten Minderjährige.....	3
UN-Resolution zu den Rechten des Kindes für 2019 zum Thema „Kinder ohne elterliche Pflege“	4
Berichte und Studien.....	4
FRA veröffentlicht Bericht zur eigenständigen Lebensführung von Menschen mit Behinderung	4
UN: Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigkeits-Ziele für Menschen mit Behinderung.....	4
Europäische Kommission und OECD: Bericht zur Integration von MigrantInnen.....	5
Global Gender Gap Report des Weltwirtschaftsforums	5
EU-Agentur für Grundrechte: Umfrage zu Antisemitismus in Europa	5
Population Europe: Discussion Paper zu Geschlechterungleichheit im Lebensverlauf	6
OECD: Zwei Berichte zur Rentenpolitik	6
Bevorstehende Veranstaltungen.....	6

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Vierteljahresbericht über Beschäftigung und soziale Entwicklung in Europa

Der Bericht der EU-Kommission über Beschäftigung und soziale Entwicklung in Europa für das dritte Quartal des Jahres 2018 erschien am 17. Dezember. Er verzeichnet einen Anstieg der Beschäftigungsraten in den EU-Staaten, der an die Entwicklung der ersten beiden Quartale des Jahres anschließt. Damit lebten in der EU aktuell 239 Millionen Beschäftigte, davon 158 Millionen im Euroraum. Obwohl es sich beim Großteil der neu entstandenen Arbeitsplätze um Dauer- und Vollzeitarbeitsplätze handele, bleibe die durchschnittliche Arbeitszeit der EuropäerInnen noch hinter dem Niveau vor der Wirtschafts- und Finanzkrise zurück.

EU-Kommission: Projektaufruf im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps

Die Europäische Kommission hat den Aufruf zum Einreichen von Projektanträgen für den Europäischen Solidaritätskorps für das Jahr 2019 veröffentlicht. Im kommenden Jahr stehen 96 Millionen Euro zur Verfügung, mit denen das freiwillige soziale Engagement junger EuropäerInnen gefördert werden sollen. Die Projekte können in den Bereichen der Förderung gesellschaftlicher Teilhabe von marginalisierten Gruppen, dem umwelt- und klimapolitischen Engagement oder dem Erhalt des europäischen Kulturerbes angesiedelt sein. Die Verordnung zum Beschluss des Europäischen Solidaritätskorps war im Oktober in Kraft getreten (siehe [Europa-News 10/2018](#)). Vorschläge für Projekte zur Förderung können im Zeitraum vom 5. Februar bis zum 1. Oktober 2019 eingereicht werden.

- [Europäischer Solidaritätskorps](#) 

EU-Parlament: Kindergarantie in Entwurf zum Europäischen Sozialfonds Plus aufgenommen

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten hat am 03. Dezember den Entwurf für den Europäischen Sozialfonds Plus angenommen, der Richtlinien für die Periode der Jahre 2021 bis 2027 enthält. Dazu zählt die Vorgabe, mindestens 5% der Mittel für die Umsetzung der EU-Kindergarantie zu verwenden. Diese war von EU-Parlamentariern bereits seit 2015 gefordert worden. Sie soll Kinderarmut und die sozialer Ausgrenzung von Kindern bekämpfen. Zudem wurden Kinder in die Definition sozial benachteiligter Gruppen aufgenommen und die Aufforderung der Verbesserung von frühkindlicher Bildung festgeschrieben. Der Entwurf beinhaltet außerdem eine erhöhte Quote von 27% der Gelder aus dem Fonds, die Mitgliedstaaten für soziale Inklusion verwenden müssen und die Aufforderung, mindestens 2% der Mittel für Sozialpartner und zivilgesellschaftliche Organisationen aufzuwenden.

EU-Parlament: Entschließung zur Rolle des Deutschen Jugendamtes bei grenzüberschreitenden Familienstreitigkeiten

Das Europäische Parlament hat eine Entschließung angenommen, in der das deutsche Jugendamt angewiesen wird, in grenzüberschreitenden Familienstreitigkeiten mit Behörden der Herkunftsländer von Beteiligten zu kooperieren und die Entscheidungen von Institutionen anderer EU-Mitgliedstaaten anzuerkennen und umzusetzen. Die Entschließung wurde vorgelegt, nachdem in den letzten Jahren eine hohe Zahl von Petitionen nichtdeutscher Eltern eingegangen war. Sie beklagten diskriminierendes Vorgehen seitens der Behörden, das die Wahrung ihrer Familienbeziehungen gefährdet habe. Das Parlament betonte die Wichtigkeit von Kooperation und Vertrauen zwischen den Institutionen der Mitgliedstaaten, insbesondere da sich durch die erhöhte Mobilität innerhalb Europas Streitigkeiten dieser Art vermehrten.

Reform der Richtlinie für audiovisuelle Medien tritt in Kraft

Die Richtlinie für audiovisuelle Medien gilt nach ihrer Überarbeitung künftig auch für Online-Portale und Streamingdienste. Durch diese Änderung müssen Plattformen wie Youtube und Netflix Werbung und Sponsoring von Produkten kenntlich machen. Die Reform soll vor allem dem Jugendschutz und dem Schutz der Allgemeinheit vor rassistischen und terroristischen Inhalten sicherstellen. Zudem enthält sie eine Vorgabe für Streaming-Anbieter, nach der 30% der angebotenen Inhalte in der EU produziert sein müssen.

Rat der Europäischen Union: Beschluss zur Europäischen Arbeitsbehörde (ELA)

Am 06. Dezember nahm der Rat der Europäischen Union den Kommissionsvorschlag zur Etablierung einer Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) an. Sie soll die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von EU-Gesetzgebung zur Arbeitsmobilität und bei der Koordinierung von Regelungen zur Sozialversicherung unterstützen. Daher soll sie vor allem Informationen für ArbeitnehmerInnen, ArbeitgeberInnen und in den Staaten zuständige Institutionen bereitstellen und deren grenzüberschreitende Abstimmung mit rechtlichen Vorgaben der EU für diesen Bereich erleichtern. Auf Grundlage des Rats Beschlusses wird nun das EU-Parlament die Ausgestaltung der geplanten Behörde verhandeln.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schweiz: Bericht zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention

Am 19. Dezember verabschiedete der Bundesrat der Schweiz einen Bericht zum Stand der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in der Schweiz und zu geplanten Maßnahmen, um Kinderrechte umfassend zu verwirklichen. Im Jahr 2015 hatte der UN-Kinderrechtsausschuss im Rahmen des Evaluationsverfahrens 40 Empfehlungen an die Schweiz ausgesprochen. Sie betrafen unter anderem den Schutz von Kindern vor Gewalt, die Umsetzung der Rechte von Kindern, die in Betreuungseinrichtungen leben, von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil und Kindern mit Autismus-Spektrums-Störungen. Zudem wurde die Sensibilisierung zu Kinderrechten von Berufsgruppen angemahnt, die mit Kindern arbeiten. Der aktuelle Bericht des Bundesrats gibt an, dass die Hälfte dieser Empfehlungen bis zum Jahr 2020 umgesetzt sein würden.

Österreich: Neue Regelung von Steuerbegünstigungen für Familien mit Kindern tritt

Zu 2019 wird in Österreich der „Familienbonus Plus“ eingeführt: Damit verringert sich die Steuerlast von Familien mit Kindern um bis zu 1500 Euro pro Kind und Jahr. Der Familienbonus Plus wird den bisher gültigen Kinderfreibetrag und die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuung ersetzen. Bei getrennt lebenden oder geschiedenen Paaren kann der Familienbonus aufgeteilt oder nur von einem Elternteil geltend gemacht werden. Er steht Eltern in voller Höhe nur für im Inland lebende Kinder zu: Wie auch für das Kindergeld geplant (siehe Europa-News 11/2018) soll der Absetzbetrag bei Kindern, die im EU-Ausland oder der Schweiz leben, entsprechend der dortigen Lebenshaltungskosten indexiert werden. Für Eltern, deren Kinder im Nicht-EU-Ausland leben, besteht kein Anspruch auf den Familienbonus Plus.

Deutschland: Defizite bei sozialen Grundrechten laut UN-Wirtschafts- und Sozialrat

Ein aktueller Bericht des UN-Wirtschafts- und Sozialrates (Ecosoc) stellt Defizite bei der Umsetzung der sozialen Menschenrechte in Deutschland fest. Kritisiert wird vor allem der Umstand, dass 20 Prozent der Kinder in Deutschland in Armut lebten, da für Eltern erhebliche Barrieren im Zugang zu Sozialleistungen für Kinder bestünden und diese zudem zu gering berechnet seien, um den Grundbedarf zu decken. Es wird gefordert, die Grundsicherung und das Arbeitslosengeld II anzuheben sowie die Leistungskürzungen bei Pflichtverletzungen der LeistungsempfängerInnen aufzuheben. Bemängelt wird zudem die Situation älterer Menschen in Pflegeeinrichtungen, die dort häufig unter entwürdigenden Bedingungen lebten. Deutschland wird aufgefordert, eine häufigere und gründlichere Kontrolle dieser Einrichtungen sicherzustellen.

Polen: UN-Arbeitsgruppe gegen die Diskriminierung von Frauen sieht Frauenrechte gefährdet

Nach einem zehntägigen Besuch vertritt die UN-Arbeitsgruppe gegen die Diskriminierung von Frauen die Einschätzung, dass Fortschritte der Frauenbewegung derzeit in Polen durch die konservative Regierung zurückgedrängt würden. Sie kritisierten insbesondere die Familienpolitik und die Regelungen zur reproduktiven Selbstbestimmung von Frauen. Die Arbeitsgruppe gab die Einschätzung, dass die Rückentwicklung zu einem traditionellen Frauen- und Familienbild mit einem politischen Nationalismus verknüpft sei, da Bestrebungen zur Gleichstellung der Frau als „anti-polnisch“ diffamiert würden.

Weitere Nachrichten

COFACE Families Europe veröffentlicht Positionspapier zum Work-Life-Balance-Paket der EU-Kommission

Zur Debatte über das Vereinbarkeitspaket der EU-Kommission veröffentlicht COFACE zum ein Positionspapier zum geplanten Work-Life-Balance-Paket der EU. Darin werden die Forderungen zunächst in den Kontext eigener Zielsetzungen der EU-Institutionen wie der Europäischen Strategie 2020 und der Europäischen Säule für Soziale Rechte gestellt. Darauf folgen die Positionen der COFACE, die eine sozialpolitisch umfassende und nachhaltige europäische Familienpolitik fordert. Vorgeschlagen wird ein Paket, das die Bedürfnisse und Rechte von Kindern und Eltern im Hinblick auf die drei Aspekte Zeit, Geld und Infrastruktur einbezieht. Mit diesem sogenannten New EU Deal for Childcare sollen Armut und soziale Ausgrenzung von Familien mit Kindern bekämpft werden.

➤ [A new EU deal for childcare](#)  

Verbände-Aufruf zur Priorisierung von Geschlechtergerechtigkeit an den Europäischen Rat

Anlässlich der Tagung des Europäischen Rats am 13. und 14. Dezember veröffentlichten die Organisationen European Women's Lobby, Women in Development Europe (WIDE+), CARE International und COFACE Families Europe einen gemeinsamen Aufruf zur stärkeren Berücksichtigung von Geschlechtergerechtigkeit in den Gesamthaushaltsplänen der EU. Der Aufruf verweist darauf, dass Frauenrechte aktuell wieder stärker politisch umkämpft seien und fordert, Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema über die gesamte Planung des Haushalts hinweg zu berücksichtigen.

Europarat veröffentlicht Handbuch zu den Rechten Minderjährige

Seit dem Jahr 2000 wird am 18.12. der Internationale Tag der Migranten gefeiert, da an diesem Tag im Jahr 1990 die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Migranten und ihrer Familienangehörigen von der UN-Generalversammlung beschlossen wurde. Anlässlich dieses Datums veröffentlichte der Europarat ein Handbuch zu den Rechten Minderjähriger. Es wurde im Rahmen des Aktionsplans für den Schutz von Flüchtlings- und Migrantenkindern entwickelt und umfasst Informationen zu deren spezifischen Risikofaktoren sowie Informationen zur kindgerechten Aufklärung über Rechte und Schutzmöglichkeiten.

- [Handbuch für die Praxis über die Übermittlung kindgerechter Informationen an minderjährige Migranten](#)  

UN-Resolution zu den Rechten des Kindes für 2019 zum Thema „Kinder ohne elterliche Pflege“

Die UN hat den Themenschwerpunkt ihrer Resolution zu den Rechten des Kindes für das Jahr 2019 beschlossen. Sie wird die Situation von Kindern fokussieren, die ohne ihre Eltern aufwachsen und an die Staaten appellieren, die Lebenssituation dieser Kinder zu verbessern und ihre Rechte zu schützen. Es soll der Anstoß gegeben werden, um sozialpolitische Bestimmungen für Kinder, die ohne ihre Eltern aufwachsen zu verbessern und neue Maßnahmen für diese Gruppe zu entwerfen. Damit soll die Umsetzung der Bestimmungen aus den 2009 von der UN veröffentlichten „Richtlinien für die alternative Betreuung von Kindern“ vorangetrieben werden.

Berichte und Studien

FRA veröffentlicht Bericht zur eigenständigen Lebensführung von Menschen mit Behinderung

Der Bericht zur sogenannten Deinstitutionalisierung des Lebens von Menschen mit Behinderung der Europäische Agentur für Grundrechte wurde im Rahmen des „European Day of Persons with Disabilities“ 2018 vorgestellt. Im Bericht wird der Prozess der „Deinstitutionalisierung“ in den fünf EU-Mitgliedstaaten Bulgarien, Finnland, Irland, Italien und Slowenien dargestellt. Der Begriff beschreibt die Entwicklung, Menschen mit Behinderung nicht länger in speziellen Institutionen unterzubringen, sondern ihnen die Wahl über den Wohnort auch außerhalb dieser Einrichtungen zu ermöglichen und Unterstützungsformen für andere Wohnmodelle zu finden. Ziel ist es, ein selbstbestimmtes Leben außerhalb von Einrichtungen möglich zu machen. Als Voraussetzungen zur erfolgreichen Umsetzung dieser Ziele werden der politische Wille, ein gesellschaftliches Umdenken, die Zusammenarbeit beteiligter Institutionen auf allen Ebenen und verfügbare praktische Informationen zum Deinstitutionalisierungsprozess genannt.

- [Zum Bericht „From institutions to community living for persons with disabilities: perspectives from the ground“](#)  

UN: Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigkeits-Ziele für Menschen mit Behinderung

Die UN veröffentlichte einen umfassenden Bericht zum weltweiten Stand der Umsetzung der Nachhaltigkeits-Ziele für Menschen mit Behinderung. In der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der UN sind Richtlinien zur Inklusion auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene festgelegt, die der umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung dienen sollen. Der aktuelle Bericht verzeichnet zwar Fortschritte im Hinblick auf dieses Ziel, stellt aber auch dar, dass Menschen mit Behinderung weiterhin überdurchschnittlich von Armut betroffen und mit Zugangsbarrieren zum Bildungs-

und Gesundheitssystem sowie zur politischen Interessenvertretung konfrontiert seien. Dies gelte insbesondere für Frauen und Mädchen mit Behinderung.

- [Realization of the Sustainable Development Goals by, for and with Persons With Disabilities](#)  

Europäische Kommission und OECD: Bericht zur Integration von MigrantInnen

Der Bericht untersucht die Lebensbedingungen von Zugewanderten und Personen mit Migrationshintergrund in EU- und OECD-Staaten anhand sozio-ökonomischer Merkmale wie Haushalts- und Altersstruktur, Arbeitsmarktbeteiligung, Einkommen und Armutsbetroffenheit. Zudem wird die gesellschaftliche Teilhabe mit Indikatoren zu bürgerschaftlichem Engagement, politischer Beteiligung und verbreiteten Einstellungsmustern analysiert. Im Schnitt seien Menschen mit Migrationshintergrund in der gesamten EU im Niedriglohnsektor überrepräsentiert und häufiger von Armut betroffen als die Gesamtbevölkerung. Die Erhebung verweist zudem auf die starke räumliche Konzentration migrantischer Communities sowie den Zusammenhang positiver Einstellungen der Gesamtbevölkerung zu Migration und ihrer tatsächlichen Interaktion mit MigrantInnen. Das Bildungsniveau von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der EU habe sich in den letzten Jahren erhöht, was anhand der vermehrten höheren Bildungsabschlüsse und der verringerten Schulabbruchsquoten gezeigt wird.

- [Settling In 2018. Indicators of Immigrant Integration](#)  

Global Gender Gap Report des Weltwirtschaftsforums

Am 18. Dezember veröffentlichte das Weltwirtschaftsforum den Bericht zur weltweiten Geschlechterungleichheit auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Demnach seien in 89 der 144 in die Untersuchung einbezogenen Staaten leichte Verbesserungen der Gleichstellung der Geschlechter erwirkt worden. Indikatoren des Berichts sind neben durchschnittlichen Einkommen die Repräsentation der Geschlechter in politischen Gremien und Ämtern der Politik und Führungspositionen in der Wirtschaft. Es wird hochgerechnet, dass die weltweit ungleiche Bezahlung der Erwerbsarbeit von Frauen in 202 Jahren ausgeglichen sein würde, wenn die Entwicklung zu gleichem Verdienst im aktuellen Tempo weitergehen würde. In Bezug auf die paritätische Besetzung politischer Positionen wäre sie in 108 Jahren erreicht. Der Global Gender Gap Report erscheint seit dem Jahr 2006 jährlich und hatte im Jahr 2017 erstmals eine durchschnittliche weltweite Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit verzeichnet. Erstmals blickt wurde in diesem Jahr ein besonderer Blick auf den Zusammenhang mit Künstliche Intelligenz, Digitalisierung und Automatisierung in der Arbeitswelt gelegt.

- [Global Gender Gap Report 2018](#)  

EU-Agentur für Grundrechte: Umfrage zu Antisemitismus in Europa

Eine am 10. Dezember erschienene Umfrage der Europäischen Agentur für Grundrechte im Auftrag der EU-Kommission berichtet einen Anstieg von Antisemitismus in Europa. Die bisher am größten angelegte Studie dieser Art wurde mit 16.300 Befragten in den 12 europäischen Ländern durchgeführt, in denen insgesamt 96% der jüdischen Menschen in Europa leben. Demnach geben 90% von ihnen an, dass Antisemitismus in den letzten fünf Jahren gesteigert habe. Die Zahl antisemitisch motivierter Übergriffe und Belästigungen sei in Deutschland höher als im EU-Durchschnitt. So geben für Deutschland 41% der Befragten an, im letzten Jahr mindestens einmal antisemitisch belästigt worden zu sein. Im EU-Durchschnitt machen 28% diese Angabe.

Population Europe: Discussion Paper zu Geschlechterungleichheit im Lebensverlauf

Der aktuelle Band „Gender (In) Equality over the Life Course“ der Discussion Paper Serie von Population Europe versammelt Artikel zu verschiedenen Aspekten von Geschlechterungleichheiten im Lebensverlauf. Es wird unter anderem gezeigt, dass eine Längsschnittperspektive der Sozialforschung notwendig sei, um die komplexen Lebensverläufe von Personen unter dem Einfluss struktureller Bedingungen abzubilden. Dies wird anhand der Betrachtung von Familienplanung, der Entwicklung von Ungleichheiten im Bereich von Erwerbs- und unbezahlter Hausarbeit und der Lebenssituation sowie Arbeitsmarktintegration älterer Menschen gezeigt. Hauptergebnis ist, dass Gleichstellungspolitik nicht nur die individuellen Chancen von Frauen, sondern ebenso die Verwobenheit sozialpolitischer Bereiche im Lebensverlauf erkennen und mit multidimensionalen Zugängen adressieren müsse.

- [Gender \(In\)Equality over the Life Course](#) 

OECD: Zwei Berichte zur Rentenpolitik

Der OECD Pensions Outlook 2018 gibt einen Überblick über verschiedene Rentenmodelle und betont die Wichtigkeit eines Modells, dass die Ziele der nachhaltigen Armutsvermeidung und Umverteilung erfüllt und in der Lage ist, auf wirtschaftlichen und ökonomischen Wandel zu reagieren. Für Modelle mit Anteilen privater Vorsorge wird angemahnt, verlässlich regulierte Lösungen zu finden. Insgesamt wird empfohlen, einfache und für BürgerInnen verständliche Regelungen zu entwerfen, die wenig eigene Zusammenstellung von Investmentstrategie und Anbieter erforderten. Der Bericht „Financial Incentives and Retirement Savings“ befasst sich mit staatlichen Anreizen zur privaten Vorsorge in Form von Steuervergünstigungen. Er kommt insgesamt zu dem Schluss, dass dieses System eine sinnvolle Maßnahme zur Förderung privater Vorsorge darstellt. Es wird aber darauf hingewiesen, dass die Vergünstigungen so gestaltet werden müssen, dass sie für alle Einkommensgruppen eine realistische Option darstellen.

- [OECD Pensions Outlook 2018](#) 
- [Financial Incentives and Retirement Savings](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
15. Jan. 2019 Brüssel, Belgien	Tackling Inequalities in Early Years: Ensuring Harmonised Early Childhood Education and Care Systems	Public Policy Exchange
16. Jan. 2019 Brüssel, Belgien	Health and Care in a Digitising World: Integrating eHealth into Public Healthcare Systems	Public Policy Exchange
16. Jan. 2019 Paris, Frankreich	Policy Workshop on Child Wellbeing	OECD
12.-22. Feb. 2019 Malta	Lost in Migration III Conference Global strategies and political commitments for all children in migration.	<u>Missing Children Europe</u>

01.-05. Apr. 2019 Preston, England	International Child Welfare: Analysing and Reforming Child Protection Systems	BASW
15.-17. Nov. 2019 Rom, Italien	Refugee and Migrant Children and Families Preserving family life through hard challenges	International Commission on Family and Couple Relations

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
 E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
 Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

